

22.03.2022

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

Potentiale der OGS ausschöpfen und Herausforderungen endlich angehen!

zu dem Antrag „**Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!**“

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14940

I. Ausgangslage

Ganztagsschulen leisten einen erheblichen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit und sind aus unserem Schulsystem nicht mehr weg zu denken. Doch der Offene Ganztag kann nicht bleiben, wie er ist. Die rechtliche Grundlage per Erlass ist der Bedeutung der Institution nicht mehr angemessen. Auch verbindliche Qualitätsstandards, wie sie alle Akteurinnen und Akteure im System fordern, hat die Landesregierung bis heute nicht definiert.

Elternbeiträge richten sich nach der Finanzlage und dem Gestaltungswillen der jeweiligen Kommune. Ob die OGS Bildungs- oder Betreuungsangebot ist, ob Fachkräfte zum Einsatz kommen und wie das Personal bezahlt wird, obliegt ebenfalls der Interpretation vor Ort.

In der Grundschule, dem Fundament des Schulsystems und jeder Bildungslaufbahn, ist damit Vieles dem Zufall überlassen.

Kritik an den derzeitigen Zuständen äußern in zunehmender Deutlichkeit auch die Kommunalen Spitzenverbände. Sie fordern mehr Unterstützung durch das Land, sie fordern verbindliche Standards und damit verbunden eine bessere finanzielle Ausstattung. Der immer wieder geäußerte Wille – sei es aus Schulen, von Trägern oder aus der Kommunalpolitik – gebundene Ganztagsschulen zu errichten, ist mit Blick auf die Rechtslage aussichtslos.

Die Kommunen sind es, die den Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab dem Jahr 2026 umsetzen müssen und sie beklagen, dass das Land bis heute keine Vorgaben macht, wie dieser Rechtsanspruch aussehen soll.

Sicher ist: Der Rechtsanspruch erfordert mehr Plätze, wodurch ein erheblicher Mehrbedarf an Räumen und Personal entsteht. Seit März 2018, also seit klar ist, dass der Rechtsanspruch kommen würde, fordern alle Akteure, dass die Landesregierung zum Rechtsanspruch Position bezieht und den Ausbau der Plätze vorantreibt. Dies ist bis heute nicht geschehen.

Datum des Originals: 22.03.2022/Ausgegeben: 22.03.2022

Das Nichtbehandeln der Probleme beim Offenen Ganzttag ist auch deshalb unverständlich, weil es genug Anlässe gegeben hätte, Qualitätsstandards zu definieren und der OGS Gesetzesrang einzuräumen: Seit 2017 wurden vier Schulrechtsänderungsgesetze verabschiedet und die Landesregierung hat einen Masterplan Grundschule vorgelegt.

Der Offene Ganzttag hat dabei nie eine Rolle gespielt, obwohl dies in den Anhörungen von Akteurinnen und Akteuren verschiedener politischer Ebenen und Couleur immer wieder gefordert wurde.

II. Corona-Pandemie und Fluchtbewegungen

Besonders die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass zusätzliche Bildungszeit geschaffen werden muss. Ganzttagsschulen bieten pädagogische Konzepte und Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung für die Kinder. Der Offene Ganzttag kann die Möglichkeiten individueller Förderung für Schülerinnen und Schüler stärken. Auch vor dem Hintergrund des Einsatzes multiprofessioneller Teams können sich vielfältige Fördermöglichkeiten für Kinder ergeben.

Die OGS kann und muss auch in der Integration eine wichtige Rolle spielen. Vor dem Hintergrund einer nicht abzuschätzenden Zahl an Menschen, die in den nächsten Wochen und Monaten aus der Ukraine nach Deutschland flüchten werden, müssen wir uns darauf vorbereiten. Für geflüchtete Kinder ist ein baldiger Schulbesuch existenziell. Ein multiprofessionell aufgestellter Ganzttag bietet dabei die wichtige Möglichkeit, dass Kinder nicht nur lernen, sondern auch in einem geschützten Raum mit ihren Klassenkameradinnen und -kameraden spielen. Eine zum Familienzentrum ausgebaute Grundschule kann diese wichtige Aufgabe für die ganze Familie einnehmen.

Unter den Geflüchteten werden auch Lehrkräfte sein. Wenn sie dazu bereit und in der Lage sind, müssen auch sie eine Rolle bei der Integration ihrer Landsleute spielen können.

Erfolgreich und verlässlich kann der Offene Ganzttag aber nur dann sein, wenn er selbst entsprechend rechtlich abgesichert und finanziell ausgestattet ist. Erst dann kann er seine vollen Potentiale auch in solchen Krisensituationen ausspielen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich zur Notwendigkeit verbindlicher Qualitätsstandards und einem OGS-Gesetz zu bekennen.
- ein Konzept vorzulegen, wie zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen OGS-Platz hinreichend Räume geschaffen und Personal ausgebildet werden kann. Dieses Konzept ist in enger Rücksprache mit allen Beteiligten zu erarbeiten.
- die Schulen darauf vorzubereiten, in den nächsten Wochen und Monaten Kinder mit Kriegserfahrungen und eine Fluchtgeschichte in ihre Gemeinschaft aufzunehmen. Die damit verbundene Last darf nicht erneut auf Schul- und OGS-Leitungen abgewälzt werden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Eva-Maria Voigt-Küppers
Regina Kopp-Herr
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion